

MENSCHENWÜRDE ZUSAMMENHALT ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Politische Erwartungen des ZdK
im Bundestagswahljahr 2025



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Menschenwürde – Zusammenhalt – Zukunftsfähigkeit

Politische Erwartungen des ZdK im Bundestagswahljahr 2025

Wir, das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), vertreten die Anliegen der katholischen Gläubigen in Deutschland. Die 230 gewählten Mitglieder repräsentieren bundesweit katholische Verbände und Hilfswerke sowie die Laienräte der Diözesen. Zahlreiche katholische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind ebenfalls im ZdK vertreten. Wir stehen als ZdK mit Haltung und Engagement für Demokratie, Menschenrechte und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ein, die in einem tiefen Wandel begriffen ist. Wir setzen uns ein für einen leistungsfähigen Sozialstaat, der Rahmenbedingungen für ein gelingendes, vielfältiges Zusammenleben schafft und allen Menschen Bildungschancen und Teilhabe eröffnet. Wir stehen für eine humane Migrationspolitik. Wir werben für tragende Antworten auf die existenziellen Fragen am Anfang und am Ende des Lebens. Um Frieden umfassend zu stiften, braucht es aus unserer Sicht einen Dreiklang: ambitionierten wie sozial gerechten Klimaschutz, verlässlich finanzierte Entwicklungszusammenarbeit sowie Diplomatie und Verteidigungsfähigkeit. Handlungsleitend sind für uns die Prinzipien der katholischen Soziallehre: Gemeinwohl, Personalität, Solidarität und Subsidiarität.

Wir erkennen die Herausforderung an, dass unsere Forderungen im bestehenden finanzpolitischen Rahmen nicht in Gänze umsetzbar sind. In den vergangenen Jahren wurden weder die Schuldenbremse reformiert noch die Steuersätze entscheidend erhöht. Im Abbau von Subventionen und in einer fairen Steuerreform sehen wir Instrumente, um haushaltspolitische Spielräume zu eröffnen. Es gilt, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie agieren können, damit das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und des Staates nicht weiter erodiert.

Soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Wir stehen entschieden für die parlamentarische Demokratie und die unteilbaren Menschenrechte ein. Für uns ist die Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ein zentrales Anliegen. Wir fordern, das Wahlalter für alle Wahlen auf 16 Jahre abzusenken. Eine starke Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement ist mit der Umsetzung der neuen Engagementstrategie durch den Bund zukünftig auszuweiten und besser abzusichern. Angesichts antisemitischer Übergriffe fordern wir wirksame Maßnahmen zum Schutz des jüdischen Lebens. Muslimfeindlichen und rassistischen Übergriffen muss ebenso entgegengewirkt und politische Bildung und Prävention verlässlich gefördert werden. Um die Rechte von LSBTIQ+-Personen

zu stärken, ist der Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes zu erweitern.

- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migrationspolitik muss dem Anspruch der Menschenwürde und der Menschenrechte genügen und fair gestaltet sein. Eine Welt, in der Geflüchtete kein Schutzgesuch mehr stellen können, wäre ein entsolidarisierter Ort. Geflüchtete haben das Recht, einen Asylantrag zu stellen – auch und gerade in Deutschland. Dieses Menschenrecht darf nicht durch Aufnahmekontingente eingeschränkt werden. Wir fordern die Abschaffung der Obergrenze für den Nachzug zu subsidiär Schutzberechtigten und einen Rechtsanspruch auf Geschwister-nachzug.
- Angesichts steigender Mieten und Lebenshaltungskosten ist die Wohnarmut die zentrale soziale Frage geworden und bedarf dringend einer wirksamen Bearbeitung. Es braucht mehr finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung für Familien und Verantwortungsgemeinschaften, eine starke beitragsfinanzierte Sozialversicherung und eine gut vernetzte soziale Infrastruktur. Insbesondere ist die Situation von pflegenden Angehörigen zu verbessern und die Pflegeversicherung so weiterzuentwickeln, dass die Qualität der ambulanten und stationären, professionellen Pflege gesichert wird, wobei der Eigenanteil dringend so zu beschränken ist, dass er finanzierbar wird.
- Wir werben für eine familienpolitische Neuausrichtung, die der familiären Vielfalt gerecht wird und die Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien wirksam entgegentritt. Grundlegend dafür ist ein multidimensionaler Ansatz, der Arbeit nicht länger auf Erwerbsarbeit verengt, Sorgearbeit gerechter verteilt und dazu beiträgt, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Die Einführung eines entsprechenden Optionszeitenmodells ist für uns sehr erfolgsversprechend, sofern Lohnersatzleistungen eingeschlossen sind. Wir plädieren dafür, das Mindestelterngeld von 300 auf 500 € zu erhöhen und die Bezugszeit des Basiselterngelds um mindestens vier Monate zu erweitern.
- Für eine inklusive, gerechte und ganzheitliche Bildung, für die wir als ZdK eintreten, bedarf es umfassender Investitionen in das Bildungssystem, einer Stärkung der außerschulischen Bildung sowie einer Überarbeitung der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Der Digitalpakt 2.0 sowie das Start-Chancen-Programm können dafür einen Wendepunkt darstellen und müssen auch vom Bund konsequent finanziert und gefördert werden – für eine echte Bildungswende. Mehr Bildungsgerechtigkeit gibt es erst, wenn allen jungen Menschen eine Ausbildung oder ein Studium ermöglicht wird. Auch deshalb fordern wir, das BAföG armutsfest weiterzuentwickeln. Angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels braucht es neben mehr Einwanderung, Ausbildung, Weiterbildung und

Vereinbarkeit den gesellschaftlichen Wandel: Der Wert der Arbeit muss nicht nur hinsichtlich der Digitalisierung und Transformation neu verhandelt werden, es gilt, die Würde der Arbeiter*innen besser zu schützen und Arbeit in Deutschland und Europa gerechter zu gestalten.

- Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte, der Binnenmarkt gerade für Deutschland unverzichtbar. Wir sind entschieden für die Fortschreibung der Europäischen Einigung und unterstützen die schrittweise Integration der Beitrittskandidaten. Reform und Erweiterung müssen Hand in Hand gehen, um Entscheidungsstrukturen mittels qualifizierter Mehrheitsentscheidungen zu optimieren, die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken und sie zu befähigen, weitere Mitgliedstaaten aufzunehmen. Angesichts der dramatischen geopolitischen Umwälzungen braucht die EU mehr strategische Autonomie. Dazu gehört auch der Ausbau einer europäischen Verteidigungspolitik, ohne die Frieden und Freiheit nicht garantiert werden können. Die Bundesregierung muss die Koordinierung ihrer Europapolitik verbessern, um in Brüssel mit einer Stimme zu sprechen.

Christliches Menschenbild und unverfügbare Menschenwürde

Als ZdK stehen wir für die unantastbare Würde und die Rechte aller Menschen.

- Mit Blick auf Schwangerschaftsabbrüche treten wir entschieden für die doppelte Anwaltschaft für die Selbstbestimmung der Frau und das ungeborene Leben ein, verbunden mit einer verpflichtenden Beratung. Die aktuelle Regelung von §218 StGB stellt ein angemessenes Schutzkonzept dar.
- Um Suizidassistenten zu regulieren, müssen klare gesetzliche Vorgaben und Schutzräume geschaffen werden. Die Suizidprävention muss durch psychosoziale und seelsorgerische Angebote ausgebaut werden.
- Aufgrund der massiven Missbrauchsgeschichte in der katholischen Kirche sehen wir uns als ZdK besonders gefordert, für den Schutz von Kindern, Jugendlichen und anderen vulnerablen Personen und die Unterstützung aller Betroffenen einzutreten. Die Bundesregierung ist dazu aufgerufen, Betroffene konsequent einzubeziehen, zu unterstützen und individuelle Aufarbeitung zu ermöglichen. Es müssen verbindliche Standards zur Aufarbeitung und Prävention sexueller Gewalt gewährleistet werden. Die Regelungen des leider nicht mehr verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen hätten aus unserer Sicht einen ersten Schritt in die richtige Richtung dargestellt. Das ZdK steht bereit, gleich zu Beginn der Legislatur diesem Prozess zu einem erfolgreichen Abschluss zu verhelfen.

Nachhaltige Transformation und Zukunftsfähigkeit

- Wir plädieren für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftspolitik, die Externalisierungseffekte mit ökonomischen Mitteln bekämpft. Dazu gehört, Subventionen abzuschaffen, die nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern die Belastung der Naturgüter Klima, Luft, Boden, Wasser und Artenvielfalt verschärfen und somit die Klima- bzw. die Biodiversitätskrise befeuern. Gleichzeitig müssen Maßnahmen honoriert werden, die das Naturkapital schützen, wie bspw. die Wiedervernässung von Mooren. Der Staat muss stabile und faire Rahmenbedingungen gewährleisten, um die Dekarbonisierung und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Für einen gerechteren Welthandel braucht es faire und nachhaltige Lieferketten. Wir werben dafür, die EU-Lieferkettenrichtlinie möglichst unbürokratisch und effektiv im Sinne der Betroffenen umzusetzen und dabei die Stärken des deutschen Gesetzes (insbesondere die größere Reichweite) mit den Fortschritten des europäischen Rahmens (gerade in den Bereichen Haftung und Beteiligung von Betroffenen) zu verbinden.
- Wir befürworten eine fortgesetzte Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungskampf gegen die völkerrechtswidrige russische Aggression, bis ein gerechter, dauerhafter Frieden erreicht wird. Es gilt, die europäische Verteidigungspolitik zu vertiefen, ohne die wir Frieden und Freiheit nicht garantieren können, und eine neue Friedens- und Sicherheitsarchitektur zu schaffen, in der Abschreckung, Rüstungskontrolle und Kooperation austariert werden. Gewalt darf nur zur Selbstverteidigung ausgeübt werden. Zugleich sollten die Rüstungsausgaben nicht zu Lasten der Entwicklungsgelder gehen. Wir fordern eine entsprechende Rücknahme der Kürzungen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Das weltkirchliche Engagement ist in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unverzichtbar und im internationalen Vergleich beispiellos. Eine wertegeleitete Außenpolitik muss die Potenziale kirchlicher Akteure nutzen.
- Künstliche Intelligenz (KI) eröffnet zahlreiche Potenziale. Im digitalen Raum sind Werte wie Respekt vor anderen, die Achtung ihrer Würde und der Schutz vor Falschinformationen unverzichtbar. Betreiber von Social-Media-Plattformen müssen Hetze und Fälschungen unterbinden. Wir fordern einen sicheren Zugang zum Internet und eine flächendeckende technische Infrastruktur. Medienkompetenz sollte als Schlüsselqualifikation gefördert werden, um die Entfaltung der Chancen von KI zu fördern und Menschen zur Abwehr von Angriffen auf persönliche Daten und Integrität zu befähigen.

Berlin, 17. Januar 2025